

CH_VB 86.244 vom 6. Oktober 1988

Bundesverwaltung, 1988-10-06, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_86.244

FR: CH_VB 86.244 du 6 octobre 1988

IT: CH_VB 86.244 del 6 ottobre 1988

Erwägungen

E. 6

octobre 1988 das Bundesblatt bestimmten Erlasse auch in der «Schweizer Revue». Nationalrat Oehen wies in der mündlichen Begründung seines Vorstosses darauf hin, dass bereits an der vierten Auslandschweizertagung von 1921 die Einführung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts für Auslandschweizer postuliert wurde. Dieser berechtigte Wunsch der Auslandschweizer stehe seit dieser Zeit immer wieder zur Diskussion, ist aber bis heute unerfüllt geblieben. Seit 1966 sei der Bund befugt, «die Beziehungen der Auslandschweizer unter sich und zur Heimat zu fördern sowie den Institutionen beizustehen, welche diesem Zweck dienen» (Artikel 45bis der Bundesverfassung). Bisher habe diese vom Volk gewollte Befugnis einzig dazu geführt, dass die Auslandschweizer in eidgenössischen Angelegenheiten stimmen und wählen sowie eidgenössische Referendumsbegehren und Volksinitiativen unterzeichnen können, unter der Voraussetzung, dass sie sich dabei in der Schweiz aufhalten (Bundesgesetz vom 19. Dezember 1975, in Kraft seitdem 1. Januar 1977). Die Auslandschweizerorganisationen hätten die Einführung dieses sogenannten Aufenthaltstimmrechts als ersten Schritt zu einer liberaleren Lösung begrüsst: das Bundesgesetz von 1975 habe ihnen insbesondere das Gefühl genommen, «Bürger zweiter Klasse zu sein, die wohl Militärpflichtersatz bezahlen oder gar Militärdienst leisten, Millionenbeträge an Grundgewinnsteuern und Verrechnungssteuern in ihrer Heimat abliefern und für die Entfaltung unserer Wirtschaft im Ausland arbeiten wollen, jedoch von einem politischen Mitspracherecht ausgeschaltet bleiben». Nach den Ausführungen des Initianten beweisen die verschiedenen parlamentarischen Vorstösse der letzten Jahre, dass viele Parlamentarier die Problematik der heutigen Regelung des Stimm- und Wahlrechts der Auslandschweizer kennen und bereit sind, in dieser wichtigen Frage eine Lösung zu suchen. Dies zeige auch das im Jahre 1983 durchgeführte Vernehmlassungsverfahren zu Vorschlägen der Studienkommission «Politische Rechte der Auslandschweizer», in welchen vor allem die Einführung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts für alle Auslandschweizer vorgesehen war. Entgegen der offiziellen Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse, wonach die Ansichten über die Wünschbarkeit, den Auslandschweizern das Stimmrecht auf dem Korrespondenzweg zu gewähren, sehr geteilt seien, habe das Vernehmlassungsverfahren gezeigt, dass die Mehrheit der Befragten einer Aenderung der geltenden Bestimmungen im Sinne einer Liberalisierung grundsätzlich zustimmt. Der Initiant übernimmt wörtlich die Vorschläge der Studienkommission. Der 1983 gegen diese Vorschläge vorgebrachten wesentlichen Kritik der mangelnden Orientiertheit und Betroffenheit der Auslandschweizer trägt er insoweit Rechnung, als er die Publikation der wichtigen Erlasse sowohl im Bundesblatt als auch in der «Schweizer Revue» verlangt. Diese Kritik sei im übrigen in der Zwischenzeit durch die Aussagen der Vorortes und des früheren Direktors des Auslandschweizersekretariates enthärtet worden, die den Auslandschweizern gute Kenntnisse

des politischen Lebens in der Schweiz attestieren. Der Informationsstand werde zudem durch die starke affektive Bindung an die Heimat verstärkt. Die meisten Auslandschweizer verliessen im übrigen unser Land nur für einige Jahre und behielten somit eine echte Beziehung zu ihrer Heimat. Schliesslich weist der Initiant auf die Empfehlung Nr. 951 hin, in welcher der Europarat seinen Mitgliedern nahelegt, «d'envisager, le cas échéant, l'élaboration d'un protocole additionnel à la convention européenne des Droits de l'Homme par lequel les Etats membres s'engageraient à respecter le droit de vote de leurs ressortissants résidant dans un autre Etat membre et interdiraient d'entraver, par quelque mesure que ce soit, l'exercice de ce droit de vote».

2. Die Petitions- und Gewährleistungskommission des Nationalrates befasste sich am 27. Mai und am 4. September 1987 mit der parlamentarischen Initiative. Sie gab dem Initianten Gelegenheit, sich zu seinem Vorstoss zu äussern (Artikel 21 quinquies des Geschäftsverkehrsgesetzes, SR 171.11), und hörte einen Vertreter des eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten an.

21. Die Kommission stellt fest, dass ihr Entscheid vom 27. März 1987, die parlamentarische Initiative von Nationalrat Gautier gutzuheissen, welche das erleichterte Stimm- und Wahlrecht für die Ehepartner von Beamten und Angestellten des Bundes im Ausland verlangte (85.239), kein Präjudiz für die Behandlung des vorliegenden Vorstosses sein kann. Denn dort ging es darum, die bestehende Ausnahmeregelung für Beamte und Angestellte des Bundes im Ausland auf deren Ehepartner auszudehnen und somit eine ungleiche Behandlung innerhalb der Familie abzuschaffen. Die Kommission war sich bei jenem Entscheid bewusst, dass jede Ausdehnung der erleichterten Stimmabgabe auf eine Gruppe von Schweizern im Ausland eine rechtsungleiche Behandlung zwischen ihnen schafft. Sie ging aber davon aus, dass die Gründe, die eine Ausnahmeregelung für die Beamten und Angestellten des Bundes erlauben, auch eine entsprechende Behandlung deren Ehepartner rechtfertigen (vgl. Bundesblatt 1987 II 838ff.). Die Räte haben im übrigen zu dieser und zur gleichnamigen parlamentarischen Initiative im Ständerat (85.240) noch nicht Stellung genommen.

22. Die Kommission hat im erwähnten Bericht über die parlamentarische Initiative von Nationalrat Gautier festgehalten, dass sie die bundesrechtliche Regelung bejaht, wonach die politischen Rechte am Wohnsitz auszuüben sind. Das Wohnsitzprinzip soll ihrer Meinung nach ein tragender Pfeiler des schweizerischen politischen Systems bleiben. Aufgrund des vorliegenden Vorstosses und der Motion von Nationalrat Stucky, die im Rat noch hängig ist (86.944), kommt die Kommission jedoch zum Schluss, dass eine Liberalisierung der Ausübung der politischen Rechte der Auslandschweizer diskutiert werden soll. Insbesondere sei zu prüfen, ob die Einführung des brieflichen Stimm- und Wahlrechts für Auslandschweizer eine Lösung dieses seit langem anstehenden Problems darstellen kann. Zu prüfen wäre auch die Möglichkeit, den Auslandschweizern nur für bestimmte, sie direkt betreffende Angelegenheiten ein Mitspracherecht einzuräumen. Dabei soll auch eine Studie über die Ausübung der politischen Rechte in anderen Ländern berücksichtigt werden. Nach Auskunft der Verwaltung besteht nämlich die Tendenz, Auslandsbürgern vermehrt das Recht zu geben, an internen Wahlgängen teilzunehmen. Dabei geht es allerdings mehr um Wahlen denn um Sachabstimmungen. Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass diejenigen Staaten, die ihren Angehörigen vom Ausland her die Ausübung der politischen Rechte ermöglichen, eine analoge und vollständige Gleichstellung mit den Inlandangehörigen nicht kennen. Die Ausübung der politischen Rechte ist in der Regel in der einen oder anderen Form eingeschränkt. Ein eingeschränktes Wahl- und Stimmrecht auf dem Korrespondenzweg kennen folgende Länder: Australien (für Bürger, die sich weniger als drei

Jahre im Ausland befinden), USA (nur für Wahlen und für Bürger, die vorher Wohnsitz in den USA hatten), BRD (für Wahlen in den Bundestag, bis

E. 10

Jahre nach Wegzug), Portugal (nur für Parlamentswahlen), Spanien (nur für Wahlen), Luxemburg (nur Wahlen), Niederlande (nur für Wahlen in die Zweite Kammer). Daneben kennen viele Staaten das Stellvertretungsstimmrecht. 23. Die Kommission lehnt mit deutlicher Mehrheit eine Öffnung im Sinne der parlamentarischen Initiative von Nationalrat Oehen ab. Sie hält die Ausdehnung der Ausübung aller politischen Rechte der Auslandschweizer nicht für notwendig und nicht für wünschbar. Sie weist auch darauf hin, dass sich bei Doppelbürgern und bei der Einhaltung des verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgebots Probleme ergeben würden. Es fragt sich, ob die Schweiz mit ihren viel weitergehenden Volksrechten das Stimmrecht für ihre Bürger im Ausland erweitern soll. Insbesondere stellt sich auch die Frage, ob eine solche Erweiterung mit den Eigenheiten der schweizerischen Abstimmungsdemokratie vereinbar wäre.

6. Oktober 1988 N 1457 Parlamentarische Initiative (Gehen) 24. Aus diesen Gründen unterbreitet die Kommission einen Postulatsentwurf, der den Bundesrat einlädt, eine beschränkte Liberalisierung des Stimm- und Wahlrechts der Auslandschweizer zu prüfen. Dieser Vorschlag soll allen Auslandschweizern, unabhängig zum Wohnsitzland, die Ausübung der politischen Rechte ermöglichen. M. Stucky présente au nom de la Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales le rapport écrit suivant: 1. M. Gehen, conseiller national, a déposé le 18 décembre 1987 une initiative parlementaire sous la forme d'un projet rédigé de toutes pièces qui demande la révision de dispositions des lois sur les droits politiques des Suisses de l'étranger (RS 161.5), les droits politiques (RS 161.1), les recueils de lois et la Feuille fédérale (RS 170.512.1), ainsi que de la loi sur le droit international privé, pas encore adoptée par les Chambres. Les dispositions révisées devront permettre aux Suisses résidant à l'étranger: d'exercer, soit en personne soit par écrit, leurs droits politiques dans leur commune électorale, de signer les demandes de référendums et les initiatives populaires et de mieux s'informer, notamment par la publication la «Revue Suisse» des actes destinés à la Feuille fédérale. Le conseiller national a souligné dans son développement oral que le désir de bénéficier d'une telle possibilité de vote par-correspondance avait déjà été exprimé lors de la quatrième rencontre des Suisses de l'étranger, en 1921. Ce vœu justifié de la «cinquième Suisse» a été fréquemment discuté sans qu'on décide jusqu'ici de l'exaucer. Depuis 1966, la Confédération «est autorisée à renforcer les liens qui unissent les Suisses de l'étranger entre eux et avec la patrie, et à soutenir les institutions créées à cet effet» (art. 45 Cst). Cette compétence a eu pour résultat qu'on a accordé aux Suisses de l'étranger la possibilité de voter et d'élire en matière fédérale, ainsi que de signer les demandes de référendum et les initiatives populaires, à condition de séjourner en Suisse (loi du 19 décembre 1975 entrée en vigueur le 1er janvier 1977). Les organisations de Suisses à l'étranger ont salué ce nouveau droit comme un premier pas vers une solution plus généreuse en déclarant que la loi de 1975 avait atténué leur sentiment d'être «des citoyens de second rang», tenus de servir dans l'armée ou de payer la taxe militaire, fournissant des millions sous forme d'impôts fonciers et d'impôts anticipés, et travaillant à l'étranger au rayonnement économique de leur patrie, mais dénués cependant de tout droit de participation politique aux affaires de leur pays. Selon l'initiant, diverses interventions parlementaires ont montré ces dernières années que nombre de députés sont conscients des problèmes soulevés par l'actuelle réglementation

de droit de vote des Suisses de l'étranger et qu'ils sont désireux de leur trouver une solution. Ceci est confirmé par une consultation menée en 1983 au sujet des propositions de la commission d'étude «Droits politiques des Suisses de l'étranger» et tendant à instituer le droit de vote pour tous les Suisses à l'étranger. Contrairement à l'analyse officielle des résultats de la consultation, selon laquelle les avis étaient partagés quant à l'opportunité d'accorder le droit de vote par correspondance aux Suisses de l'étranger, la consultation a montré que la majorité des sondés favorisait une modification des dispositions en vigueur. L'initiant reprend à son compte les propositions de la commission d'étude, tout en tenant compte de la critique principale formulée à leur encontre, soit le manque d'information et d'intérêt des Suisses à l'étranger. C'est pourquoi il demande la publication des actes importants tant dans la Feuille fédérale que dans la «Revue Suisse». Cette critique a d'ailleurs été contrée entre-temps par les déclarations de l'Union suisse du commerce et de l'industrie et de l'ancien directeur du Secrétariat des Suisses de l'étranger, qui ont témoigné de la bonne connaissance de la vie politique de leur pays dont font preuve les Suisses à l'étranger. Cette connaissance est motivée par leur profond attachement à la mère patrie. D'ailleurs, la plupart des Suisses résidant à l'étranger ne quittent leur pays que pour quelques années et maintiennent des liens avec lui. L'auteur de l'initiative rappelle enfin la recommandation 951 du Conseil de l'Europe enjoignant aux Etats membres «d'envisager, le cas échéant, l'élaboration d'un protocole additionnel à la Convention européenne des droits de l'homme par lequel les Etats membres s'engageraient à respecter le droit de vote de leurs ressortissants résidant dans un autre Etat membre et s'interdiraient d'entraver, par quelque mesure que ce soit, l'exercice de ce droit de vote».

2. La Commission des pétitions du Conseil national a examiné l'initiative parlementaire les 27 mai et 4 septembre 1987 et donné à son auteur la possibilité de s'exprimer (art. 21quinquies de la loi sur les rapports entre les conseils, RS 171.11). Elle a aussi entendu un représentant du Département des affaires étrangères. 21. La commission a d'abord constaté que sa décision du 27 mars 1987 d'approuver l'initiative du conseiller national Gautier, laquelle demandait qu'on facilite le droit de vote des époux de fonctionnaires et d'employés de la Confédération à l'étranger (85.239) ne préjuge pas la présente intervention, car l'initiative Gautier visait à étendre aux conjoints la réglementation d'exception existante pour les agents de la Confédération à l'étranger, afin de supprimer par là une inégalité au sein de la famille. En prenant cette décision, la commission était consciente que toute extension du droit de vote pour un groupe de Suisses à l'étranger crée une inégalité de droits entre eux. Elle a toutefois argué que les motifs qui justifient une réglementation d'exception en faveur des agents de la Confédération militent aussi en faveur d'un traitement correspondant de leur conjoint (FF 1987 II 853ss). Les Chambres ne se sont d'ailleurs pas encore prononcées à ce sujet ni à celui de l'initiative parlementaire parallèle au Conseil des Etats (81.240). 22. Dans le rapport précité sur l'initiative Gautier, la commission a déclaré approuver la règle selon laquelle les droits politiques doivent être exercés au lieu de domicile. Ce principe doit selon eux demeurer un pilier du système politique suisse. Vu la présente intervention et la motion du conseiller national Stucky (86.944) encore pendante au Conseil, la commission a néanmoins conclu qu'il convient d'examiner une extension des droits politiques des Suisses domiciliées à l'étranger et en particulier d'étudier si l'introduction du droit de vote par correspondance peut représenter une solution à ce problème persistant. Il faudrait aussi examiner la possibilité de n'accorder aux Suisses de l'étranger le droit de vote que pour certains objets les concernant directement. On tiendra compte à ce propos d'une étude sur l'exercice des droits politiques dans d'autres pays. Selon les renseignements pris par

l'administration, on tend actuellement à donner aux ressortissants étrangers le droit de participer aux scrutins internes. Il est vrai que cette tendance concerne plus le droit d'élire que celui de se prononcer sur des objets concrets. Une comparaison internationale montre que les Etats qui permettent à leurs ressortissants à l'étranger d'exercer des droits politiques ne leur reconnaissent pas d'égalité de statut complète avec leurs concitoyens résidant dans leur pays d'origine. L'exercice des droits politiques est soumis à diverses restrictions. Ainsi, un droit de vote limité par correspondance existe dans les Etats suivants: Australie (pour les citoyens séjournant moins de trois ans à l'étranger), Etats-Unis (seulement pour les élections et pour les ressortissants qui ont auparavant résidé aux USA), Allemagne fédérale (pour les élections au Bundestag jusqu'à 10 ans après le départ du pays), Portugal (pour les élections parlementaires), Espagne (pour les élections seulement), Luxembourg (pour les élections), Pays-Bas (pour les élections à la seconde chambre seulement). Maints pays connaissent en outre le droit de vote par procuration. 23. La commission repousse à une nette majorité l'extension de droits demandée par l'initiative Oehen. Elle estime que l'extension de tous les droits politiques des Suisses de l'étranger n'est ni nécessaire ni désirable. Elle évoque les problèmes qui risquent de se poser pour les doubles natio-

Initiative parlementaire (Gehen) 1458 N 6 octobre 1988 naux et en ce qui concerne le respect du mandat constitutionnel en matière d'égalité de traitement. Ainsi, le Suisse domicilié dans son pays ne peut exercer ses droits politiques par correspondance que pour de motifs précis. La plupart des Etats européens ne reconnaissent pas un droit général de vote à leurs ressortissants domiciliés à l'étranger, exception faite de leurs agents consulaires et diplomatiques. Peu d'Etats européens - France et Italie notamment - accordent un tel droit de vote, et ce surtout pour les élections. Il convient donc de se demander si la Suisse, avec ses droits populaires étendus, doit en faire bénéficier ses citoyens résidant à l'étranger. Enfin, il faut se demander si une telle extension des droits serait compatible avec la démocratie référendaire telle qu'elle est pratiquée dans notre pays. 24. Pour les motifs indiqués, la commission dépose un projet de postulat invitant le Conseil fédéral à examiner une extension limitée du droit de vote des Suisses à l'étranger. Ce projet doit permettre à tous les Suisses de l'étranger d'exercer leurs droits politiques indépendamment du pays de domicile. Antrag der Kommission Die Petitions- und Gewährleistungskommission beantragt mit 9 gegen 1 Stimme a. der parlamentarischen Initiative von Nationalrat Gehen keine Folge zu geben b. ihr Postulat zu überweisen. Proposition de la commission La Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales propose par 9 voix contre 1 a. de ne pas donner suite à l'initiative parlementaire du conseiller national Gehen; b. de transmettre son propre postulat. Postulat der Petitions- und Gewährleistungskommission Auslandschweizer. Politische Rechte Der Bundesrat wird eingeladen, die geltende Regelung über die politischen Rechte der Auslandschweizer zu überprüfen und insbesondere eine Liberalisierung durch Stimmabgabe vom Ausland her vorzusehen. Postulat de la Commission des pétitions et de l'examen des constitutions cantonales Suisses de l'étranger. Droits politiques Le Conseil fédéral est invité à examiner les dispositions en vigueur sur les droits politiques des Suisses de l'étranger et de soumettre notamment des propositions pour une libéralisation du droit de vote des suisses de l'étranger. Präsident: Die Petitions- und Gewährleistungskommission beantragt mit 9 gegen 1 Stimme, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben und ein Postulat der Kommission zu überweisen. Parlamentarische Initiative - Initiative parlementaire Abstimmung - Vote Für den Antrag der Kommission 83 Stimmen (Einstimmigkeit) Postulat der Kommission - Postulat de la commission Präsident: Der Bundesrat lässt mitteilen, dass

er das Postulat der Kommission entgegennimmt. Bäumlin Richard: Nur eine kurze Erklärung im Namen der sozialdemokratischen Fraktion: Wir sind eher skeptisch und teilen im wesentlichen die Auffassung, die in einem Artikel in der «NZZ» vom 3. November 1985 vertreten worden ist. Autor ist der Zürcher Professor Kölz, der gesagt hat, man müsse davon ausgehen, dass das Wohnsitzprinzip, also die Betroffenheit und die Orientiertheit am Ort, wo man lebe, massgebend sein sollten. Wir sind nicht dagegen, dass man die Sache prüft, aber das Postulat soll nur den Sinn haben, einen Bericht zu verlangen. So ist auch das Postulat in unserem Geschäftsreglement umschrieben: Der Bundesrat soll Gelegenheit haben, zu umstrittenen, schwierigen Fragen Stellung zu nehmen. Soll man wirklich eine Liberalisierung für alle Auslandsschweizer einführen, auch für diejenigen der zweiten und dritten Generation? Soll sie auch für Doppelbürger gelten, soll z. B. ein Doppelbürger, der für einen anderen Staat Militärdienst leistet, bei uns auf brieflichem Wege stimmen können? Ferner geht es um die Frage des Umfangs der politischen Rechte, die man auf brieflichem Wege ausüben können soll. Staaten, die ihre Staatsangehörigen im Ausland begünstigen, kennen gewöhnlich eben nur das Wahlrecht, nicht das Stimmrecht in Sachgeschäften. Wenn bei uns künftig auch in Sachgeschäften vom Ausland her brieflich gestimmt werden sollte, stellt sich die Frage, ob diese Neuerung für alle Angelegenheiten einzuführen wäre oder nur für solche, die insbesondere die Auslandschweizer betreffen, z. B. die Lex Furgler. Wir sind skeptisch, stimmen dem Postulat jedoch zu, freilich strikte im Sinne eines Prüfungsauftrages. Der Bundesrat soll nicht verpflichtet werden, eine bestimmte Ausübung des Stimmrechts vom Ausland her vorzuschlagen. Stucky, Berichterstatter: Die Ausführungen von Herrn Bäumlin sind teilweise berechtigt, teilweise überholt, weil nämlich unser Bericht, seit wir ihn vor einem Jahr an den Rat abgeliefert haben, selbst etwas veraltet ist. Inzwischen haben beide Räte, der Nationalrat wie der Ständerat, meiner Motion zugestimmt und sie an den Bundesrat überwiesen. Danach muss das Stimmrecht den Auslandsschweizern bei Sachabstimmungen und bei Wahlen unabhängig davon erteilt werden, ob sie sich in der Schweiz aufhalten oder nicht. Insofern ist also bereits ein klarer Auftrag an den Bundesrat erteilt worden. Hingegen ist er nicht erteilt - und hier würde das Postulat weiterhin Bestand haben - bei den übrigen politischen Rechten, wie beim passiven Wahlrecht und bei der Unterzeichnung von Initiativen und Referenden. Wir verstehen in dieser Beziehung das Postulat der Kommission nach wie vor als einen Prüfungsauftrag. Insofern kann ich Herrn Bäumlin zustimmen. M. Eggly, rapporteur: Le Conseil fédéral et nous-mêmes avons déjà accepté, par le biais de la motion Stucky, une exploration des possibilités de droit politique pour les Suisses résidant à l'étranger. La question qui subsiste est de savoir jusqu'où et dans quelle mesure on peut leur accorder ce droit. La doctrine qui subsiste également est celle selon laquelle on ne peut pas aller jusqu'à l'égalité complète, c'est-à-dire traiter les Suisses à l'étranger de la même façon que ceux résidant en Suisse. D'ailleurs, cela n'existe dans aucun des pays qui ont accordé des droits aux Suisses de l'étranger. Par conséquent, on se trouve bel et bien dans la situation selon laquelle le Conseil fédéral doit étudier la chose, voir jusqu'où l'on peut aller, et nous présenter des propositions de changement des dispositions en vigueur sur les droits politiques des Suisses de l'étranger. Malgré l'évolution qui s'est produite depuis le moment où la commission a déposé son rapport, le postulat de la commission reste d'actualité. C'est pourquoi je vous invite à l'accepter. Präsident: Das Postulat wird nicht bestritten. Ueberwiesen - Transmis

digitali Parlamentarische Initiative (Oehen) Auslandschweizer. Politische Gleichstellung Initiative parlementaire (Oehen) Suisses de l'étranger. Egalité politique In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1988 Année Anno Band III Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung

E. 15

Séance Seduta Geschäftsnummer 86.244 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 06.10.1988 - 08:00 Date Data Seite 1454-1458 Page Pagina Ref. No

E. 20

016 719 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.